

Liebe Freunde,

jetzt läuft's. — Der Wahlkampf unserer Partner von den Allianz-Parteien — Demokratischer Aufbruch, Deutsche Soziale Union und Christlich Demokratische Union — ist in vollem Gange. Das ist der ermutigende Eindruck, den ich aus meiner Bereisung durch die Bezirke der DDR in den letzten Tagen gewonnen habe.

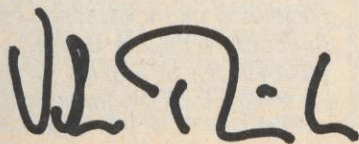
Besonders erfreulich ist aber das große Engagement unserer Mitglieder aus den Kreisverbänden, die mit ihren Aktionen „Freunde helfen Freunde“ wesentlich dazu beitragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu stärken und die neuen demokratischen Parteien in der DDR mit aufzubauen. Ein besonderer Dank gilt allen Europa-Abgeordneten, Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten, die sich zur persönlichen Beratung in den Bezirken und Kreisen der DDR zur Verfügung gestellt haben und dort ihre Erfahrung in demokratischer Parteiarbeit einbringen. Viele Hauptamtliche, insbesondere unsere Kreis- und Bezirksgeschäftsführer, die ihre Arbeit gegenwärtig in den Bezirken der DDR verrichten, vervollständigen das Bild einer nationalen Solidarität, die unsere Partei aus ihrem dauerhaften Deutschlandengagement in diesen Tagen leistet.

Wir sind ein Volk — mit ihrer Tatkraft beweisen es unsere Mitglieder und Politiker in diesen Tagen bei unseren Freunden in der DDR. Und unser Wahlkampf ist jetzt in Schwung gekommen: sechs Veranstaltungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl, rund 600 Veranstaltungen mit CDU-Politikern, Riesenaufgaben von Plakaten und insbesondere die „Zeitung zur Wahl“ mit einer Fünf-Millionen-Auflage werden in der Schlußphase die Politik der „Allianz für Deutschland“ den DDR-Wählern sichtbar machen.

Ihr

HEUTE AKTUELL

- **Wirtschaft**
Konjunktur bleibt auch im achten Wachstumsjahr in Schwung. Seite 3
- **DDR**
Umfangreiche Hilfsmaßnahmen sind bereits angelaufen. Seite 4
- **Städtepartnerschaften mit DDR-Gemeinden immer bedeutsamer.** Seite 8
- **Die vergessene Union. Die CDU in der sowjetischen Besatzungszone von 1945—1947.** Seiten 14/18
- **ÖA**
Die Frauen-Union stellt sich vor. Seite 19
- **Dokumentation**
Die Rede von Helmut Kohl in Erfurt. Grüner Teil



Generalsekretär der CDU

Pressestimmen aus dem In- und Ausland

Herr der Lage

Bundeskanzler Helmut Kohl hätte die Unterstützung von Paris verdient. Wird „die ach so schöne Allianz“ zwischen Bonn und Paris die französischen Ungeschicklichkeiten erster Güte überleben? Frankreich wird seine Taktik ändern müssen. Ob es uns gefällt oder nicht, der deutsche Kanzler ist Herr der Lage. Er, der als erster einen Prozeß der fortschreitenden Vereinigung vorgeschlagen hat; er, der den Plan Modrows zum Scheitern gebracht hat, indem er klar jede Vorstellung von einer deutschen Neutralisierung zurückwies; er, der ohne Rücksicht auf die Autoritäten der Bundesbank die innerdeutsche Währungsunion vorgeschlagen hat.

Aber wenn man seinen Erfolg wünscht, muß die Achse Paris-Bonn weiterbestehen. Die Menschen sind wechselhaft, nicht die Geographie. Die Wiederwahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler ist zweifellos die beste Chance für Europa. Es wäre vielleicht an der Zeit, sich dessen bewußt zu werden.

Le Figaro, 9. 2. 1990

Sicher am Steuer

In einem hat Willy Brandt recht: Der Zug zur deutschen Einheit rollt. Doch im Führerhaus dieses Zuges sitzt nicht die SPD. Dort hält Helmut Kohl — nach seinen erfolgreichen Gesprächen mit Präsident Bush in Camp David noch gestärkt — das Steuer sicher in der Hand. Präsident Bush gab, wie zuvor schon der sowjetische Staatschef Gorbatschow, dem Kanzler freie Fahrt. Auch Mitterrand weiß, daß er den Zug nicht aufhalten kann. Einzig Frau Thatcher schmolzt im Bremserhäuschen und laviert die Briten in die europäische Bedeutungslosigkeit.

Frankfurter Neue Presse

Helmut Kohl in Erfurt

Sechs Termine hat der Kanzler angeboten. In Erfurt geht die Premiere über die zur Bühne umgestaltete Domtreppe. Schon bevor der Matador anzieht, bringen sich die 100.000 bis 130.000 (so genau kann das niemand schätzen) im weiten Karree selbst in Stimmung.

Wann hatte ein wahlkämpfender Parteichef in der Bundesrepublik schon einmal solchen Zulauf? Das dürfte weder Adenauer noch Brandt und Strauß in ihren besten Zeiten beschieden gewesen sein.

Kölnische Rundschau

Als Wahlkämpfer zeigte sich Helmut Kohl wieder von seiner besten Seite: Souverän auf dem Feld der Deutschlandpolitik und kämpferisch, ohne verletzend zu werden gegenüber der Opposition — so erntete er auf dem Domplatz zu Erfurt immer wieder stürmischen Beifall.

Handelsblatt

Helmut Kohl, von den Massen auf dem Erfurter Domplatz als „unser“ Kanzler gefeiert, wußte damit neue Hoffnungen zu pflanzen. Der Regierung Modrow ist das trotz fast täglicher Beteuerung ihres Reformwillens nie gelungen.

Handelsblatt

Helmut Kohl und andere Bonner Spitzenpolitiker erleben in diesen Wochen in der DDR einen Wahlkampf von einer Intensität, wie es sie in der Bundesrepublik allenfalls in den 50er Jahren gab.

Flugblätter und Broschüren, bei denen der Bundesbürger müde abwinkt — in der DDR werden sie begierig gelesen. Die Bürger hungern nach Informationen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Bundesverband deutscher Banken:

„Konjunktur bleibt in Schwung“

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland präsentiert sich derzeit in ausgezeichneter Verfassung; die Konjunktur bleibt in Schwung. Die Industrie verzeichnete auch im vierten Quartal des abgelaufenen Jahres einen anhaltend lebhaften Bestelleingang. Die Industrieproduktion hat weiter zugenommen; die Kapazitätsauslastung liegt inzwischen bei 90 Prozent. Trotzdem sind die Auftragsbestände nochmals angestiegen. Für die kommenden Monate erwarten die Unternehmen weiterhin eine positive Geschäftsentwicklung. Die Bereitschaft, in Erweiterungen des Produktionsapparates zu investieren, ist ungebrochen.“

So beurteilt der Bundesverband deutscher Banken (BVR) die wirtschaftliche Entwicklung in seinem neuesten Konjunkturbericht. Zusätzliche Impulse werden von der politischen Entwicklung in der DDR ausgehen. „Viele Unternehmen sind bereit, in der DDR selbst bzw. für die Lieferung von Produkten dorthin zu investieren. In welchem Umfang hieraus die Konjunktur zusätzlich an Dynamik gewinnen kann, hängt entscheidend davon ab, wie rasch und wie konsequent in der DDR eine marktwirtschaftliche Reform erfolgt. Bislang bestehen noch erhebliche Hürden, etwa bei der Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen oder auf steuerlichem Gebiet.“

Die Konsumnachfrage nimmt immer stärker zu. Dies hat mehrere Ursachen: „Die Öffnung der Grenzen hat zunächst die Verbrauchsnachfrage in der Bundesrepublik angeregt. Die Käufe der Besucher aus der DDR haben mit zu dem Anstieg

der Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten beigetragen. Hinzu kommt die zusätzliche Nachfrage durch die Aus- und Übersiedler, die einen erheblichen Nachholbedarf haben. Den Verbrauchern in der Bundesrepublik stehen mit der dritten Stufe der Steuerreform in diesem Jahr in beträchtlichem Umfang zusätzliche Mittel für Verbrauchsausgaben zur Verfügung.“

Auch im Baubereich bleibt die Nachfrage lebhaft. „Die Nachfrage nach Bauleistungen expandiert weiter kräftig. Besonders dynamisch entwickeln sich die Aufträge für Wohnbauten.“

Dies wirkt sich verstärkt auf die Beschäftigung aus: „Der Beschäftigungsanstieg hält an. Ende vergangenen Jahres lag die Zahl der Erwerbstätigen um 385.000 Personen über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenzahl hat im Januar wegen der anhaltend guten Konjunktur und zusätzlich begünstigt durch das milde Wetter weniger stark zugenommen als um diese Jahreszeit üblich. Der Zustrom von Aus- und Übersiedlern hat bislang nicht, wie befürchtet, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Viele Übersiedler finden vielmehr rasch eine neue Stelle. Oftmals lassen sich gerade durch sie Facharbeiterstellen schneller neu besetzen als es sonst der Fall gewesen wäre.“

Das Preisklima in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten wieder beruhigt. Aber: „Vor allem der Ausgang der Tarifverhandlungen entscheidet über das künftige Maß an Preisstabilität in der Bundesrepublik.“

Alles in allem: das achte Wachstumsjahr hat gut begonnen.

Umfangreiche Hilfsmaßnahmen sind bereits angelaufen

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Rudolf Seiters, weist darauf hin, daß in der aktuellen Diskussion die schon eingeleiteten Hilfsmaßnahmen für die Menschen in der DDR weitgehend außer Betracht bleiben. Vor allen Dingen die humanitären Hilfsmaßnahmen und die Umweltzusammenarbeit mit der DDR sind weit vorangekommen.

1. Für humanitäre Hilfsmaßnahmen sind für das Jahr 1990 Mittel in Höhe von annähernd 500 Mio. DM vorgesehen. Die Hilfsmaßnahmen sind bereits im Dezember 1989 angelaufen. Sie werden verstärkt fortgesetzt. Hervorzuheben ist:

● Bis zum Jahresende werden insgesamt 5.900 Sets an Verbrauchsmaterialien für Krankenhäuser ausgeliefert. Damit werden ca. 600 Krankenhäuser mit 150.000 Betten flächendeckend ausgestattet. Es ist sichergestellt, daß der gesamte Jahresbedarf in jeweils vierteljährlichen Lieferungen erfolgt. Die ersten 400 Sets sind bereits ausgeliefert.

● Arzneimittel in bedarfsgerechten Sets von jeweils 3,2 t im Werte von 985.000 DM werden an die ca. 37 Versorgungsdepts in der DDR geliefert. Die Sets entsprechen dem von Fachkommissionen des Deutschen Roten Kreuzes ermittelten Bedarf. Die ersten Lieferungen beginnen am 8./9. März 1990. Sie entsprechen dem gesamten Arzneimittelbedarf der DDR für drei Monate. Weitere ergänzende Lieferungen sind bis Ende 1990 vorgesehen.

● Erforderliche Dialysatoren werden für einen Vierteljahresbedarf unmittelbar an die einzelnen Dialysezentren geliefert. Die erste Lieferung wird bis Ende Februar abgeschlossen sein.

● Zur Zeit wird ein Verbrauchs-Set für alle Alten- und Pflegeheime (1.367 Stück) erarbeitet. Sobald dieses Programm fertig ist, wird mit den Lieferungen begonnen.

Die Umsetzung der Angebote der Bundesregierung ist teilweise schwierig. So wurde auf Angebote zur Hilfe in der Dialyse vom November 1989 erst Anfang Februar 1990 eingegangen. Die Bedarfsermittlung für medizinisch-technisches Gerät stockt. Auch die notwendigen Informationen zur Versorgung mit Verbrauchsmaterial und Arzneimitteln sind bisher in der DDR nicht ausreichend weitergeleitet worden. Wegen der Entsendung von Ärzten ist langwierig darüber verhandelt worden, was Ärzte aus der Bundesrepublik verdienen dürfen.

2. Im Bereich der Zusammenarbeit mit der DDR beim Umweltschutz sind sechs Projekte vergabereif oder stehen kurz vor Vergabereife. Es handelt sich um

- Smog-Frühwarnsystem,
- Heizwerk Magdeburg,
- Heizwerk Staaken,
- Membrantrennanlage Buna,
- Chloralkalielektrolyse Buna (Reduzierung der Quecksilberbelastung),
- Hochtemperatur-Verbrennungsanlage Dresden.

Das Fördervolumen beträgt 1990 bis 1993 insgesamt 300 Mio. DM. Über voraussichtlich 15 weitere Pilotprojekte mit einem Fördervolumen von etwa 600 Mio. DM verhandelt der Bundesumweltminister mit der DDR.

Als weitere Aktivitäten sind zu nennen:

- Pilotprojekte über thermische Abfallbehandlung in Buna,

— Überprüfung von DDR-Kernkraftwerken durch gemeinsame Expertengruppe.

Auf seiten der DDR fehlt es jetzt nicht mehr am politischen Willen, Umweltschutz zu betreiben. Neben Baukapazitäten und Verwaltungskraft zur Verwirklichung von Umweltmaßnahmen fehlt es aber noch an einem Gesamtkonzept. Dies wird erschwert dadurch, daß Umweltschutzmaßnahmen mit der Frage der Stilllegung verrotteter Industrieanlagen zusammenhängen.

3. Als Sofortmaßnahmen für die DDR im Bereich Post- und Fernmeldewesen sind hervorzuheben:

— Schaltung von 200 weiteren Fernsprechleitungen von der BRD nach der DDR bis 30. 6. 1990

— Schaltung weiterer Fernsprechleitungen (100 bis 250) zwischen der DDR und Berlin (West) bis 30. 6. 1990

— Maßnahmen zum flächendeckenden Empfang der Fernseh-Programme ARD, ZDF, DDR 1 und 2 in beiden Staaten

— unentgeltliche Überlassung von 500 VW-Kraftfahrzeugen aus dem Bestand der Deutschen Bundespost bis Ende April/Anfang Mai.

Auch am Wahltag kann man noch helfen

Da es für die Wahl in der DDR keine Briefwahlmöglichkeit gibt, hat der Fahrdienst zum Wahllokal eine besondere Bedeutung. Die Kreisverbände sollten rechtzeitig mit ihren Partnerbezirken in der DDR darüber sprechen. Wichtig ist die Beratung bei der Organisation eines solchen Fahrdienstes am Wahltag, genauso wichtig ist aber auch die konkrete Hilfe durch möglichst viele unserer Mitglieder, die mit ihrem Wagen am 18. März in der DDR zur Verfügung stehen.

Mehr Wohngeld ab Oktober

Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt hat den im vergangenen November verabredeten Koalitionsbeschluß, das Wohngeld rechtzeitig an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung anzupassen, umgesetzt. Die Haushaltsverhandlungen sind erfolgreich abgeschlossen. Die neue Wohngeldnovelle soll bereits Mitte März vom Bundeskabinett verabschiedet werden und am 1. Oktober 1990 in Kraft treten.

Bundesministerin Hasselfeldt: „Gerade in einer Zeit, in der es noch nicht überall genügend Wohnungen gibt, ist die soziale Absicherung des Wohnens besonders wichtig.“

Im Rahmen der laufenden Vorarbeiten wurden folgende Absprachen zwischen Bundesbauministerin Hasselfeldt und Bundesfinanzminister Waigel getroffen:

- Das Wohngeld wird sich im Durchschnitt um etwa 20 Mark auf rund 170 Mark monatlich erhöhen.
- Insgesamt wird der für das Wohngeld zur Verfügung stehende Betrag um 1,2 Milliarden Mark jährlich erhöht. Die Mehrausgaben werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Die schon in diesem Jahr auf den Bund entfallenden zusätzlichen Ausgaben sollen im Nachtragshaushalt 1990 berücksichtigt werden.
- Den Wohngeldempfängern in Gebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten wird durch eine stärkere Anhebung der Höchstbeträge für die zuschußfähige Miete zusätzlich geholfen. So werden z.B. die betroffenen Haushalte in der obersten Mietenstufe 6 durchschnittlich 36 Mark mehr Wohngeld erhalten.

Agrarbericht 1990

Einkommensentwicklung hat sich erfreulich gebessert

Die im Agrarbericht 1990 ausgewiesene verbesserte Einkommensentwicklung der Landwirtschaft im zurückliegenden Wirtschaftsjahr 1988/89 ist erfreulich. Die mit Ausnahme für Getreide verbesserten Erzeugerpreise, gute Ernteergebnisse und flankierende staatliche Hilfen haben dies ermöglicht. Mit der Politik der Mengengrenzung, die sich besonders bei Milch ausgezahlt hat, und den einkommensstabilisierenden Transferleistungen hat die Bundesregierung die richtigen Weichen gestellt.

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Trotz des insgesamt günstigen Einkommensergebnisses ist Hochstimmung dennoch nicht angebracht: Denn:

- Viele Betriebe kommen nicht in den Genuß befriedigender Einkommen. Bei Getreide hält der Preisdruck an. Die EG-weit eingeleiteten Maßnahmen zur Mengengrenzung haben noch nicht den Durchbruch gebracht. Hier ist mehr Solidarität der EG-Staaten gefordert. Es gibt keine andere Alternative, um die unerträgliche Preissenkungsstrategie der EG zu stoppen.
- Das für sich betrachtet gute Ergebnis muß in den langfristigen Trend eingeordnet und insbesondere vor den teilweise drastischen Einkommenseinbußen in der Vergangenheit gesehen werden. So sind die Zuwachsraten am höchsten im Veredlungsbereich, wo vorher die Einkommenseinbußen am einschneidendsten waren. Aber gerade hier hat sich z. B. bei

Schweinefleisch der Trend schon wieder umgekehrt. Als Folge der kürzlich angehobenen Exporterstattungen hat sich die Entwicklung zuletzt immerhin stabilisiert.

- Nach wie vor besteht ein erheblicher Abstand zu den Einkommen des gewerblichen Bereichs, wenn er sich auch gegenüber dem Vorjahr verringert hat.

Die Einkommen in der Landwirtschaft lassen sich nur dann dauerhaft verbessern, wenn die Produktion an den Absatzmöglichkeiten ausgerichtet wird. Dazu muß der erfolgreich begonnene Weg der Marktentlastung über produktionsbegrenzende und absatzfördernde Maßnahmen konsequent weitergegangen werden.

174 Millionen Mark mehr für Kriegsoffer

Für Kriegsoffer und Witwen werden künftig über die regelmäßige Anhebung der Kriegsofferversorgung hinaus jährlich 174 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Bundestag beschloß mit großer Mehrheit Strukturverbesserungen, die schätzungsweise 440.000 der insgesamt 1,4 Millionen Versorgungsberechtigten zugute kommen. Die Neuregelungen treten im wesentlichen am 1. April 1990 in Kraft. Angehoben werden vor allem die Ausgleichsrenten für rund 300.000 Witwen sowie der Berufsschadens- und Schadensausgleich. Steigen werden auch die Alterszulagen zur Grundrente für Schwerbeschädigte und die Pflegezulage. Weitere Verbesserungen gibt es bei der Pflegezulage für hilflose Beschädigte.

Deutsch-deutsche Frauen-Union gegründet

256 Frauen haben sich bei der Gründungsversammlung der gemeinsamen Frauen-Union des Demokratischen Aufbruchs, der CDU Deutschlands, der CDU Ost und Mitgliedern des Neuen-Forums zur Mitarbeit bereit erklärt. Damit wurde der Grundstein für die erste parteiübergreifende deutsch-deutsche Frauen-Organisation gelegt. Insgesamt waren ca. 300 Frauen nach Ost-Berlin gekommen, jeweils etwa die Hälfte aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.

Trotz formal gleicher Rechte ist die Gleichberechtigung in Ost und West in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Obwohl 75 Prozent der Frauen in der DDR mindestens ihren Facharbeiterabschluß vorweisen können — nach dem zweiten Weltkrieg waren es nur fünf Prozent — konnten sie nur in Ausnahmefällen in höhere Positionen aufsteigen.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind Frauen in leitenden Positionen noch die Ausnahme. Eine deutsch-deutsche Frauen-Union, die in der Phase der Neuformierung der DDR die Interessen der Frauen von Anfang an vertritt, ist deshalb vonnöten, erklärt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Deutschlands, Rita Süßmuth.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Instrumente der Gleichstellungspolitik diskutiert. Frauenförderung wurde als gesellschaftliches „Muß“ gesehen.

Von den DDR-Frauen wurde ein Maßnahmenkatalog gefordert, der sich an das Arbeitsförderungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland anlehnt. Bei einer

Weiterqualifizierung und Umschulung müssen auch Frauen mit Familienpflichten die gleichen Rechte erhalten wie die Männer. Im Falle des Verlustes der Arbeit müssen diese Möglichkeiten ebenfalls offenstehen und eine angemessene soziale Absicherung gewährleistet sein.

Die Vertreterinnen des Demokratischen Aufbruchs, der CDU-Ost und des Neuen Forums, Brigitta Kögler, Sylvia Schultz und Karin Lück, machten deutlich, daß sich die Verantwortung der Frauen auch auf die Politikfelder Arbeit und Soziales, Bildung und Umwelt beziehen muß.

Die verschiedenen Erfahrungen in Ost und West sollen jetzt in eine Programmkommission einfließen, die gemeinsame frauen- und gesellschaftspolitische Ziele entwickelt.

In der Zeit des politischen Umbruchs wollen und müssen Frauen politische Verantwortung übernehmen. Der Gründungskongreß hat auch gezeigt, daß aus der Sicht der Frauen aus Ost und West Prioritäten verschieden gesetzt werden. Gleichberechtigung wird jetzt neu buchstabiert werden müssen.

Zitat

Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch) zum Thema „Währungsunion“: „Stellen Sie sich vor, der Gorbatschow fährt nach Washington und der Bush sagt: Also, mit dem Tag X verspreche ich dir: alle Spareinlagen, die in Rubel eingezahlt worden sind, werden in Dollar ausgezahlt. Alle Arbeitslosen kriegen ihre Arbeitslosenunterstützung ... in Dollar, und alle Renten werden ab sofort in Dollar gezahlt. Na, da würde der Gorbatschow sich auf die Erde schmeißen und würde dem Bush sieben Wochen lang die Füße küssen.“

ZDF-Sendung „Was nun...?“, 22. 2. 1990

Städtepartnerschaften mit DDR-Gemeinden immer bedeutsamer

Zur aktuellen Bedeutung der Städtepartnerschaften und zum Aufbau einer freiheitlichen kommunalen Selbstverwaltung in der DDR erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Nach Gesprächen mit zahlreichen Kommunalpolitikern in der DDR halte ich den Ausbau der Städtepartnerschaften mit Gemeinden in der DDR für immer bedeutsamer. Es muß zwischen den Kommunen in beiden Teilen Deutschlands ein großer Informationsaustausch zustande kommen, und eine Vielzahl von Formen der Zusammenarbeit sollte entstehen. All diese Aktivitäten müssen jetzt vor allen Dingen ein Ziel haben: **Den Aufbau einer bürgernahen und leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung in der DDR.** Diese Aktivitäten sind entscheidend für den gesamten wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im anderen Teil Deutschlands, denn die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft muß auch durch viele Initiativen vor Ort in den Städten und Gemeinden unterstützt werden.

Viele Kommunalpolitiker aus der Bundesrepublik Deutschland haben schon Vorbildliches in diesem Bereich geleistet, aber viele weitere Aufgaben stehen an. Jede Gemeinde in der DDR sollte einen Partner in der Bundesrepublik Deutschland haben. Die Bereitschaft bei vielen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland ist dafür vorhanden.

Die Bundesregierung hat ihre Bereitschaft erklärt, die anstehenden Aufgaben in engem Kontakt mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden zu

fördern. Die vom Deutschen Städtetag, Deutschen Städte- und Gemeindebund und Deutschen Landkreistag ergriffenen Initiativen werden begrüßt, insbesondere die Errichtung einer zentralen Kontaktstelle im Ernst-Reuter-Haus in Berlin.

Folgende Aufgaben sind jetzt besonders vorrangig:

1. Hilfe bei Versorgungsaufgaben vor Ort, insbesondere im sozialen und medizinischen Bereich. Hier können unsere Städte und Gemeinden auch mit den örtlichen Einrichtungen unserer Hilfsorganisationen verstärkt zusammenarbeiten.
2. Im Bereich der Wirtschaftsförderung und im Erfahrungsaustausch bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze muß ein besonderer Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegen. Gute Beispiele kommunaler Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland müssen dabei helfen, die Schaffung neuer und moderner Arbeitsplätze in den einzelnen Regionen der DDR schnell und unbürokratisch zu realisieren.
3. Bei den Maßnahmen zur Stadt- und Dorferneuerung können westdeutsche Gemeinden viele Erfahrungen übermitteln, um Fehler in der Stadtentwicklung zu vermeiden. Hier sollten alle Initiativen für die Revitalisierung gewachsener Stadt- und Dorfstrukturen verstärkt und Flächensanierungen soweit wie möglich vermieden werden.
4. Kontakte, Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Vereinen, Verbänden und örtlichen Gemeinschaften im Rahmen der Städtepartnerschaften sind jetzt in besonderer Weise ein Lebenselixier für die deutsch-deutsche Zusammen-

arbeit. Nach wie vor muß jede Städtepartnerschaft das Ziel haben, daß sich viele Bürger aus den beteiligten Kommunen gegenseitig besuchen und kennenlernen.

5. Die inzwischen gegründeten Regionalausschüsse der kommunalen Körperschaften aus beiden Teilen Deutschlands bewähren sich. Ihre Arbeit verdient nachdrücklich Unterstützung, z. B. bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und bei Aufgaben für die Versorgung und Entsorgung.

6. Auch in der DDR müssen kommunale Spitzenverbände aufgebaut werden, die die Interessen der Städte, Gemeinden und Kreise gegenüber dem Staat vertreten. Unmittelbar nach den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 muß es eine demokratisch gewählte Vertretung freigeählter kommunaler Körperschaften in der DDR geben. Auch die neuen politischen Parteien in der DDR sollten kommunale Organisationen alsbald aufbauen, um ihren Mandatsträgern bei der Erfüllung der aktuellen Aufgaben in den Städten, Gemeinden und Kreisen zu helfen.

Auch die politischen Stiftungen sind aufgerufen, ihre Informations- und Bildungsarbeit in diesem Bereich zu verstärken. Entscheidend bleibt, daß eine einheitliche Kommunalverfassung für die DDR gestaltet wird. Hierbei werden die neu zu gründenden Länder in der DDR eine bedeutsame Aufgabe haben. Umgehend muß die zentrale Befehlsstruktur des bisherigen DDR-Zentralstaats durch bürgerschaftliche Selbstverwaltung in den Kommunen abgelöst werden.

Zitat

Bundeskanzler Kohl geht einer Sternstunde in der Geschichte seiner Nation entgegen.

US-Präsident George Bush auf der Pressekonferenz in Camp David

Krankenkassen

Beitragssätze sinken auf breiter Front

Zu den angekündigten neuerlichen Beitragssatzsenkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther:

Die SPD versucht immer wieder, das Gesundheits-Reformgesetz der Koalition als Fehlschlag in Verruf zu bringen — aber ohne Erfolg. Denn die Krankenversicherung produziert immer wieder positive Schlagzeilen.

So haben jetzt fast alle Ersatzkassen angekündigt, ihre Beitragssätze demnächst zu senken. In der Vergangenheit verlief das Ritual umgekehrt: Die Beitragssätze stiegen von Jahr zu Jahr. Bruttoeinkommensverbesserungen der Versicherten wurden so weitgehend aufgezehrt.

Beitragssatzstabilität — so lautete das Wunschziel. Aber es wurde nicht erreicht, schon gar nicht unter der Verantwortung der SPD.

Durch das Gesundheits-Reformgesetz wurde Beitragssatzstabilität verwirklicht. Die Beitragssätze sinken sogar auf breiter Front. Zu Beginn dieses Jahres konnten sich die Mitglieder von 295 Krankenkassen über niedrigere Beiträge freuen, das betrifft 4,8 Millionen Beitragszahler.

Der durchschnittliche Beitragssatz wird in diesem Jahr voraussichtlich auf 12,6 Prozent sinken. Ohne die Reform wäre er nach allen bisherigen Erfahrungen auf 14 Prozent gestiegen. Und dieser Ausgaben-schub würde sich fortsetzen!

„Allianz für Deutschland“ will den Sozialismus ablösen

Im Anschluß an ihr Gespräch mit dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 20. Februar 1990 in Erfurt erklären die Vorsitzenden der „Allianz für Deutschland“, Wolfgang Schnur (DA), Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Lothar de Maiziere (CDU):

Gemeinsames Ziel der „Allianz für Deutschland“ ist es, am 18. März den Sozialismus, in welcher Variante auch immer, in der DDR abzulösen.

Angesichts des vom Sozialismus verursachten dramatischen Niedergangs der Wirtschaft, der Umwelt und in anderen Bereichen der Gesellschaft in der DDR gibt es nur einen vernünftigen Weg, der zu einer politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gesundung der DDR führen kann: die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und die schnelle Herstellung der Einheit Deutschlands.

Dem entschiedenen und erfolgreichen Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl, seiner Überzeugungs- und Durchsetzungskraft ist es zu verdanken, daß sich alle Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, einschließlich der USA und der Sowjetunion, uneingeschränkt hinter dem Wunsch der Deutschen nach Einheit stellen. Helmut Kohl hat das Tor zur Einheit weit aufgestoßen.

Die Menschen in der DDR haben heute keinen entschiedeneren Freund als Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Allianz weist deshalb die unberechtigten Vorwürfe, die Helmut Kohl von PDS und

SPD gemacht werden, mit Entschiedenheit zurück. Weil sich die Regierung Modrow nicht eindeutig vom Sozialismus verabschiedet, wird ein Teil der Soforthilfe der Bundesregierung in Höhe von 5 Milliarden Mark blockiert.

Statt entschiedener Schritte zu einer Wirtschaftsreform, hat die Regierung nur halbherzige Maßnahmen und kosmetische Korrekturen am Sozialismus durchgeführt.

Die DDR braucht jetzt nicht Geldgeschenke in Milliardenhöhe, sondern die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Der Sozialismus ist ein Faß ohne Boden. Noch so viele Milliarden würden nicht den Bürgern, sondern in altbekannter Weise im Staatsapparat versickern. Im Interesse der Bürger der DDR, aber auch im Interesse der Steuerzahler in der Bundesrepublik Deutschland liegt es, den Sozialismus mit keiner Mark zu stützen.

Die Allianz begrüßt das Angebot einer Währungsunion von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Einführung der D-Mark, einer der härtesten und stabilsten Währungen der Welt, ist der stärkste wirtschaftliche Aktivposten, den die Bundesrepublik Deutschland in die deutsche Einheit einbringen kann.

Im Gegensatz zur amtierenden Regierung Modrow wird die Allianz für Deutschland dieses Angebot des Bundeskanzlers nach einem Regierungswechsel sofort annehmen. Verbunden mit einer Wirtschaftsreform werden wir damit die Voraussetzungen schaffen, daß private Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland einen wirtschaftlichen Neubeginn in der DDR und ein zweites Wirtschaftswunder für die Menschen in der

DDR und in der Bundesrepublik Deutschland möglich wird.

Gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland wird die „Allianz für Deutschland“ nach dem 18. März eine Sozialgemeinschaft anstreben. Zu den Aufgaben der Sozialgemeinschaft gehören vorrangig die Aufgaben der Sicherung der Renten, der Spareinlagen sowie der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Die „Allianz für Deutschland“ fordert die Sozialisten auf, ihre Angstkampagne, mit der sie über ihre jahrelange Mißwirtschaft und ihr Versagen hinwegtäuschen wollen, einzustellen. Die Sozialdemokraten befinden sich in schlechter Gesellschaft, wenn sie gemeinsam mit diesen Sozialisten Ängste von Rentnern, Sparern und den Arbeitnehmern in den Betrieben anheizen.

Niemand hat die DDR mehr ausverkauft als die Sozialisten in den zurückliegenden Jahren. Nach dem 18. März wird es diesen Ausverkauf nicht mehr geben, sondern den wirtschaftlichen Aufschwung für unser Land. Sozialisten und Sozialdemokraten verstehen nichts von Wirtschaft und Finanzen. Dies haben wir in der DDR mit den Sozialisten erlebt und die Bundesrepublik Deutschland hat diese Erfahrungen in der Zeit als die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung standen gemacht.

Die Partnerschaft zwischen der „Allianz für Deutschland“ und der CDU der Bundesrepublik an ihrer Spitze mit Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich bereits bewährt. Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit wird sich nach der Wahl am 18. März und nach einer Regierungsübernahme durch die Allianz ihre ganze Kraft entfalten, denn die Allianz vertritt dieselbe Politik wie sie von der CDU in der Bundesrepublik Deutschland seit 40 Jahren mit großem Erfolg vertreten und durchgesetzt wird.

Zwei JU-Mitglieder im Vorstand der EJCD

Erstmals nahmen Mitglieder der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR stimmberechtigt innerhalb der Delegation der Jungen Union Deutschlands (JU) an dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongreß der Europäischen Jungen Christdemokraten (EJCD) teil. Der 13. Kongreß der EJCD, in dem die Jugendorganisationen der europäischen christdemokratischen Parteien zusammenschlossen sind, wurde in der italienischen Stadt Pisa durchgeführt.

Neben der Verabschiedung eines Papieres über die Zukunft Deutschlands und Europas, in dem sich die Europäischen Jungen Christdemokraten für die Einheit der beiden deutschen Staaten aussprachen, fanden Neuwahlen zum Vorstand der EJCD statt.

Im Amt des Vorsitzenden der EJCD wurde der Italiener Andrea de Guttry bestätigt. Zum Vizepräsidenten des Verbandes wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christian Fischer (Eschborn), gewählt. Beisitzer im neuen EJCD-Vorstand ist das JU-Bundesvorstandsmitglied Klaus Welle (Ennigerloh).

BACDJ führte erste Gespräche mit DDR-Vertretern

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich MdL, und sein Stellvertreter MdB Herbert Helmrich haben in der DDR erste rechtspolitische Gespräche mit Vertretern der Ost-CDU und des Demokratischen Aufbruch geführt.

Das vereinte Deutschland – wirtschaftlich zu mächtig?

Es gibt ausländische Stimmen, die vor einer Wiedervereinigung Deutschlands warnen, weil dann Deutschland wirtschaftlich zu mächtig sei. Dies ist eine Sicht der Dinge, welche der Wirklichkeit unserer Zeit nicht gerecht wird.

Sicherlich hat ein Land mit stärkerer Wirtschaftskraft international ein besonderes Gewicht. Es ist aber verfehlt, dies mit „Macht“ gleichzusetzen. In der Regel erwachsen aus der stärksten Wirtschaftskraft auch vermehrte internationale Verpflichtungen, höhere Lasten. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel muß infolge ihrer Wirtschaftskraft auch den größten Anteil der Finanzbeträge an die Europäische Gemeinschaft entrichten. Es kann aber wohl niemand behaupten, wir Deutschen würden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Macht ausüben.

Die internationalen Verflechtungen, die zunehmen werden, lassen die Wirtschaftskraft eines Landes immer weniger nur diesem Lande zugute kommen. Jedes Land muß sich freuen, wenn es bei einem anderen Land bergauf geht, zumal bei einem Nachbarland. Im Grunde handelt es sich um das alte ökonomische Mißverständnis, dem einen gehe es besser, wenn es dem anderen schlechter gehe. Als ob ein stets gleichbleibender Kuchen zu verteilen wäre! Sollte die Wirtschaft in einem wiedervereinigten Deutschland tatsächlich noch stärker zum Erblühen kommen – unseren Nachbarn in West und Ost, ja der gesamten Weltwirtschaft könnte nichts Besseres passieren.

Die Furcht vor der deutschen Wirtschaftskraft ist auch aus einem anderen

Grund unberechtigt. „Reich“ und damit mächtig ist bei uns nicht der Staat, sondern sind die Bürger. Die gesamten öffentlichen Schulden belaufen sich auf über eine Billion Mark. Das private Geldvermögen, breit gestreut, beläuft sich auf etwa 2,8 Billionen Mark. Die nationale Wirtschaftskraft ist also weitgehend nur die Summe von unzähligen privaten Möglichkeiten, welche nicht gebündelt sind, sondern im Wettbewerb miteinander liegen.

Der Staat ist, was die Wirtschaftskraft angeht, eher nur eine statistische Erfassungsstelle des privaten Reichtums. Deshalb ist es auch eine Illusion zu meinen, Staatshilfen könnten die DDR nennens-

Wie unberechtigt die Furcht im Ausland vor der Wirtschaftskraft eines wiedervereinigten Deutschlands ist, hat der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Häfele dargelegt.

wert hochbringen; entscheidend ist, ob privates Kapital in die DDR fließt. Es besteht die Gefahr, daß wir im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses unsere Wirtschaftskraft schmälern, weil wohlfahrtstaatliche Verteilungen Vorrang erhalten gegenüber der Freisetzung der Produktivkräfte. Es scheint in Vergessenheit zu geraten, daß die Grundlage des Wohlstandes die Arbeit ist.

Hansjörg Häfele: Unser Reichtum hängt zudem von den Bürgern anderer Länder

ab, vor allem davon, ob andere unsere Waren kaufen. Weil andere unsere Produkte abnehmen, können es sich die Deutschen wie kein anderes Volk leisten, in andere Länder zu reisen. Auch dabei wird keine deutsche „Macht“ ausgeübt, sondern ein Teil unseres Reichtums wird in andere Länder geleitet.

Neben diesen wirtschaftlichen Gründen gilt das kluge Wort von Václav Havel: „Deutschland kann so groß sein, wie es will, solange der vereinigte Staat frei und

Ein kluges Wort von Havel

demokratisch ist.“ Der neue tschechoslowakische Staatspräsident hebt sich mit seiner Haltung wohltuend ab von anderen ausländischen Politikern, die aufpassen müssen, daß sie nicht für zu leicht befunden werden.

Alles in allem: Die Furcht vor einer Wirtschafts-„Macht“ eines wiedervereinigten Deutschlands entspringt einer veralteten Schau, die eher etatistisch-merkantilistisch-sozialistisch ist, mit marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten dagegen wenig zu tun hat.

Medien-Seminare

Das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet wieder Veranstaltungen an, in denen sich politisch Interessierte „fit“ machen können. Die Gäste der Stiftung lernen die Praxis des lokalen Journalismus kennen, erhalten Tips für die Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk sowie zahlreiche Anregungen für die Entwicklung einer zugkräftigen politischen Öffentlichkeitsarbeit.

Die nächsten Termine:

● Kommunale Pressearbeit

20. 4. — 22. 4. 1990 (VA Nr. 96)

● Öffentlichkeitsarbeit

22. 4. — 24. 4. 1990 (VA Nr. 99)

22. 6. — 24. 6. 1990 (VA Nr. 154)

Die Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Informationen und Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Institut für Politische Bildung

Schloß Eichholz

Postfach 1331, 5047 Wesseling

Stadtarchivar: Die Länder bestehen fort

Die 1952 in der DDR aufgelösten Länder bestehen nach Auffassung des Stadtarchiv-Direktors von Halle, Werner Piechcki, bis auf den heutigen Tag fort.

Ihre seinerzeitige Auflösung sei nicht rechtmäßig gewesen. Zu der Absicht, die fünf Länder in der DDR wieder einzuführen, stellte Piechcki in einem Gutachten fest, es müsse bei dieser Rechtsgrundlage „nichts Neues gebil-

det werden, sondern es braucht nur der alte rechtmäßige Zustand wiederhergestellt werden“.

Die drei Länder Mecklenburg, Sachsen und Thüringen sowie die durch den Befehl der sowjetischen Militäradministration aus den früheren preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt hervorgegangenen Länder wurden seinerzeit von der SED-Staatsführung durch 15 Bezirke ersetzt.

Die vergessene Union

Die CDU in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1947

Revolutionen geben — im besten Fall — auch fundamentalen Begriffen ihre Klarheit und geschichtlichen Wahrheiten ihren Rang wieder. In diesen Wochen erlebt Europa, wie die Völker das „volksdemokratische“ Zerrbild von Freiheit und Recht entlarven und hinwegfegen. Für diese Menschen ist totalitäre Diktatur reale Erfahrung gewesen, die in Worte zu fassen gefährlich war. Heute kann die Sprache ihre Propagandafassade ablegen und ihre ursprüngliche Bedeutung wiedergewinnen: Die Dinge beim Namen nennen. Im Westen sind fürs erste die verstummt, die eine Wirklichkeit mit Worten entschärfen wollten, die den Totalitarismus erträglich zu machen glaubten, wenn sie nur den Begriff nicht verwendeten. Die Überwindung der Begriffsverwirrung und die Rehabilitierung der Geschichte haben erst begonnen. Falsche Zungenschläge und neue Geschichtslegenden nützen nur den Konkursverwaltern der alten Machthaber. Das gilt auch für die Entwicklung des Parteiensystems in der DDR vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990. In der öffentlichen Diskussion wird die erneuerte CDU der DDR ausschließlich als ehemalige Blockpartei und Hilfstuppe der SED wahrgenommen. Das war sie auch und mit diesem Erbe muß sie sich auch nach der personellen und programmatischen Neubesinnung weiterhin offen und konsequent auseinandersetzen. Aber sie kann dabei an eine freiheitliche und antitotalitäre Tradition anknüpfen. Die CDU war die konsequenteste, nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 die größte und bis 1948 im Rahmen ihrer Möglich-

keiten die wirksamste antikommunistische Kraft in der sowjetisch besetzten Zone.

Zwangskoalition in der SBZ

Berlin gehörte 1945 neben Köln, Frankfurt und München zu den bedeutendsten Gründungszentren der Union. Als erste der Besatzungsmächte hatte die sowjetische Militäradministration (SMAD) mit Marschall Shukow einen Tag nach ihrer Errichtung am 10. Juni 1945 die Zulassung „demokratischer und antifaschistischer“ Parteien verkündet. Mit dieser frühzeitigen Entscheidung wollten die Sowjets vor dem für Juli vorgesehenen Einzug der West-Alliierten in Berlin die Parteibildung in ihrer Zone abschließen. Sie erwarteten außerdem von frühzeitigen Gründungen in der Reichshauptstadt politischen Einfluß auf die Entwicklung des Parteiensystems in den Westzonen. Die Parteigründungen in der SBZ voll-

Von MdB Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

zogen sich von Beginn an nicht nach den Spielregeln parlamentarischer Demokratie. Bedingung für die Zulassung einer Partei war ihre Bereitschaft im sogenannten „demokratisch-antifaschistischen Block“ mitzuwirken. Diese „Zwangskoalition“ sollte jeder Oppositionsbildung vorbeugen und die politischen Machtstrukturen in der SBZ frühzeitig im Interesse der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Agentur, der KPD,

prägen, deren Gründung bereits am 11. Juni 1945 folgte.

Die „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ veröffentlichte ihren Gründungsauftrag am 26. Juni 1945 in Berlin. Die Registrierung und damit die Zulassung der Partei durch die SMAD erfolgte am 10. Juli. Für die Sowjets war die CDU willkommener Bestandteil einer demokratischen Fassade. Das Blocksystem sollte als Disziplinierungsinstrument ein eigenständiges Profil dieser Partei verhindern. Die Gründungsrepräsentanten der CDU haben von Beginn an die Institution des Parteienblocks bekämpft — ohne Erfolg. Sie mußten dies hinnehmen, um eine Zulassung zu erreichen und damit ihre politische Arbeit aufnehmen zu können. Zur Unterwerfung unter die Ziele der sowjetischen Besatzungspolitik waren sie — wie sich schon bald zeigen sollte — nicht bereit. Der Widerstand gegen eine neue Variante des Totalitarismus in Deutschland einte sie ebenso wie die Erfahrung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. In diesem Geist fanden sich Frauen und Männer unterschiedlicher politischer, sozialer und konfessioneller Herkunft zur Parteigründung zusammen. Dazu gehörten u. a. die früheren Zentrumspolitiker **Andreas Hermes**, der vormals Reichsernährungs- und Finanzminister war und später erster Präsident des Deutschen Bauernverbandes wurde, **Otto Lenz**, **Heinrich Krone**, **Emil Dovifat**, **Heinrich Vockel**, **Hans Lukaschek** und **Johann-Baptist Gradl**, die Gewerkschafter **Jakob Kaiser** von den christlichen Gewerkschaften und **Ernst Lemmer** von den liberalen Hirschtentantischen Gewerkschaften, die protestantischen Konservativen **Otto Heinrich von der Gablentz** und **Paul Yorck von Wartenburg**. Sie hatten fast alle in Verbindung mit dem Kreisauer Kreis, der Militäropposition oder der Bekennenden Kirche gestanden.

Die Gründung der Union

Hermes war am 20. Juli 1944 verhaftet und im Januar 1945 von Hitlers Blutrichter Freisler zum Tode verurteilt worden. Kaiser hielt sich über Monate in einem Kellerverschlag vor der Gestapo versteckt. Für sie und ihre Mitstreiter war „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Diktatur“ gleichermaßen die Konsequenz aus der Nazierrschaft. Und deshalb wollten sie die unheilvolle Zersplitterung der christlichen, liberalen und demokratisch-konservativen Kräfte in der Weimarer Republik endgültig überwinden. Diese Zielsetzung sollte auch im Namen der neuen Partei zum Ausdruck kommen. Im Gespräch waren die Bezeichnungen Deutsche oder Christliche Aufbaupartei, Christlich-soziale Volkspartei, Christlich-Sozialer Einheitsblock, Demokratische Union, Aufbauunion oder Einheitsgruppe.

Schließlich setzte sich Andreas Hermes mit seinem Vorschlag „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ durch. „Christlich“ sollte für die Verpflichtung auf die sittlichen Grundsätze des Christentums stehen; „Demokratisch“ beinhaltete das Bekenntnis zur freiheitlichen Staatsverfassung und die Abgrenzung zu jeder Form des Totalitarismus; „Union“ symbolisierte den konfessions- und klassenübergreifenden Charakter der neuen Partei; „Deutschlands“ schließlich bezeugte den überregionalen, auf ganz Deutschland zielenden politischen Gestaltungsanspruch. In einer frühen Darstellung der Anfänge der CDU heißt es dazu:

„Man gab der neuen Partei den Namen ihres Kerngedankens, den Namen einer Union, der Union der christlichen und demokratischen Gruppen, der Union der Stände und Berufe, der Union der Klassen und Schichten, der Union aller Kreise

im Geiste einer neuen allumfassenden Volkspartei.“

Die Grundgedanken der Berliner Grönder waren auch in den anderen Besatzungszonen wirksam. Die Zeit war reif für diese neue Partei, die einzige Innovation im deutschen Parteiensystem der Nachkriegszeit. Spontan und ohne Abstimmung untereinander entstanden überall in Deutschland christlich motivierte politische Gruppierungen. Am weitesten verbreitet war zunächst die Bezeichnung Christlich Demokratische Partei. Auf dem ersten und einzigen „Reichstreffen“ der christlichen Demokraten vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg wurde CDUD als einheitlicher Name beschlossen. Lediglich die CSU Bayern behielt ihre Bezeichnung bei.

Kesseltreiben gegen die CDU-Föhrung

Andreas Hermes, der erste Vorsitzende der CDU in der SBZ, konnte ebenso wie sein Stellvertreter, der frühere preußische Handelsminister Dr. Walther Schreiber, am Godesberger Treffen nicht teilnehmen. Die SMAD hatte ihnen die Reise untersagt. Nur wenige Tage später wurden beide auf Befehl der Sowjets abgesetzt. Von Beginn an hatte der Druck der Besatzungsmacht den Spielraum der CDU eingeengt, und sie in organisatorischer Hinsicht benachteiligt. Die Repressalien verschärfen sich im Zuge der von den Sowjets propagierten Bodenreform. „Kriegsverbrecher und aktive Nazis“ sowie alle Grundeigentümer, die über mehr als 100 Hektar verfügten, sollten entschädigungslos und vollständig enteignet werden. Dem „antifaschistischen Block“ sollte die Aufgabe zufallen, für diese Politik in der deutschen Bevölkerung zu werben. Hermes hatte frühzeitig seine ablehnende Haltung öffentlich

erklärt. Die Unterzeichnung eines Aufrufs zugunsten der Bodenreform lehnte die CDU ab. Hermes zeigte in dieser Situation ungewöhnliche persönliche Standfestigkeit. Der einzige seiner drei Söhne, der den Krieg überlebt hatte, befand sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Marschall Shukow hatte ihn nach Potsdam bringen lassen und dem Vater die Rückkehr signalisiert. Als Hermes in der Frage der Bodenreform hart blieb, wurde sein Sohn in ein Straflager nach Sibirien gebracht und erst 1949 entlassen. Die kommunistisch gelenkte Presse in der SBZ veranstaltete ein Kesseltreiben gegen die CDU-Föhrung. Ihr wurden „reaktionäre Umtriebe“, „Methoden des Dritten Reiches“ und „Jesuitismus“ vorgeworfen. Schließlich wurden Hermes und sein Stellvertreter Schreiber von der SMAD am 22. Dezember 1945 für abgesetzt erklärt. Dieser massive Eingriff in die Selbstbestimmung der CDU zeigte die engen Grenzen einer blockinternen Oppositionspolitik. Danach stellte sich der föhrungslosen Partei die Frage, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen die politische Arbeit fortgesetzt werden könne. Man entschied sich dafür, den Kampf nicht aufzugeben. Jakob Kaiser, später der erste Bundesminister für Gesamtdeutsche Aufgaben und Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, wurde neuer Vorsitzender, Ernst Lemmer, später ebenfalls langjähriger Bundesminister, sein Stellvertreter. Dazu hat Jakob Kaiser rückblickend gesagt:

„Es war eine Gewissensfrage ernstester Art, ob nach diesem letzten Eingriff in die Selbstbestimmung der Partei politische Abstinenz geübt oder um der Menschen in der Sowjetzone willen, deren schweres Schicksal sich immer mehr abzuzeichnen begann, noch einmal der Versuch positiver politischer Arbeit gemacht werden sollte. Ich habe damals

um der Aufgabe an diesen unseren Menschen Willen Verantwortung für die Führung der CDU der Sowjetzone und Berlins übernommen mit der bestimmten Erklärung, daß uns niemals eine Politik der Unterwerfung zugemutet werden dürfe.“

Der Kampf von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer

Auch nach dem erzwungenen Führungswechsel wandelte sich die CDU der SBZ in ihrem Selbstverständnis nicht zu einer Partei mit sozialistischer Sonderrolle. Zwar war in Berlin, wie auch etwa im Rheinland oder in Hessen die Rede vom „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. Aber dies hatte vor allem in der sowjetischen Zone eher semantischen und taktischen als programmatischen Charakter. Solidarität und Subsidiarität als bewußte Gegenpole zum sozialistischen Klassenkampfdenken waren von Beginn an die tragenden Pfeiler christlich-demokratischer Politik. Kaiser selbst wies die Richtung: „Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein.“ Dies kam auch in der praktischen Politik zur Geltung. Die CDU wandte sich gegen eine Verstaatlichung der Privatbanken, gegen die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ als Instrument der Staatsaufsicht über die Landwirtschaft und plädierte für die Annahme der Marshallplan-Hilfe. In der Verfassungspolitik versuchten die Christdemo-

kraten vor allem bei den Elternrechten, der Religionsfreiheit oder dem Eigentumsschutz eigenständige Akzente zu setzen. Es gelang sogar, in der Brandenburgischen Verfassung ein Widerstandsrecht zu verankern. Mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln wollten Kaiser und Lemmer den Aufbau eines zentralistischen, kommunistischen Staates verhindern. Deshalb richtete sich ihr Widerstand auch gegen eine Entmachtung der parlamentarischen Parteien. Besatzungsmacht und SED veränderten die realen Machtverhältnisse ohne Rücksicht auf demokratische Spielregeln und Wahlergebnisse. Im Juni 1947 wurde der CDU mitgeteilt, daß sich nach den Gewerkschaften nun vier weitere sogenannten Massenorganisationen, darunter die FDJ, dem „Antifaschistisch-demokratischen Block“ angeschlossen hätte. Damit sollte der Einfluß der SED weiter gestärkt werden. Die feste und prinzipielle Haltung der CDU in dieser Frage war auch das Resultat eines durch die vorhergehenden Wahlen gestärkten Selbstbewußtseins. Schon bei den Gemeindewahlen in der SBZ im September 1946 konnte von Chancengleichheit keine Rede sein. Abgesehen von den alltäglichen Begünstigungen für die SED und den Behinderungen der übrigen Parteien führten Verzögerungen bei der Zulassung der CDU auf örtlicher Ebene dazu, daß die Partei in Teilen des Landes keine Wahlvorschläge einreichen konnte und somit nicht wählbar war. Die SED konnte dennoch mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein.

Das Ergebnis der Gemeindewahlen 1946 war:

im Lande	SED	LDP	CDU	Sonstige	Ungültige
Sachsen	48,4	20,2	19,7	1,8	9,8
Thüringen	46,4	23,7	16,7	5,2	8,0
Prov. Sachsen-Anhalt	49,5	19,8	13,3	1,8	15,6
Brandenburg	54,3	17,2	15,6	3,5	
Mecklenburg	63,2	9,5	15,2	2,8	9,3

Damit hatte die CDU ein Gesamtergebnis von 18,8 Prozent in der SBZ erreicht. Die SED erhielt insgesamt 57,1, die LDP 21,1 Prozent. Bei den Landes- und Kreiswahlen am 20. Oktober 1946 hatten alle Wähler die Möglichkeit, ihre Stimme für die CDU abzugeben. Sie erreichte 24,4 Prozent bei 24,6 Prozent für die LDP und 47,5 Prozent für die SED. Ihr bestes Ergebnis hatte die Union in Mecklenburg mit 34,1 Prozent. Auf dem Eichsfeld erhielt sie gar um 68 Prozent.

Trotz dieser beachtlichen Wahlerfolge in einem entstehenden totalitären System konnte die CDU an den tatsächlichen Machtverhältnissen wenig ändern. Der Widerstand gegen die Deportation von Deutschen in die Sowjetunion, gegen Enteignungen, gegen willkürliche Verhaftungen und Konzentrationslager erhöhte nur den Druck der Besatzungsmacht und der SED, die auch vor Verfolgung und Verhaftung nicht zurück schreckte. Der Aufbau der Einparteien-Diktatur war nicht mehr zu bremsen. Die Auseinandersetzung zwischen Besatzungsmacht und SED auf der einen sowie der CDU auf der anderen Seite spitzte sich im Herbst 1947 zu. Am 26. November rief die SED zu einem „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ auf, dessen Mitglieder von Parteien, Massenorganisationen und Betrieben bestellt werden sollten. Damit sollte deutschlandpolitisch der „antifaschistische Block“ als einziger Hüter der Deutschen Einheit dargestellt sowie innenpolitisch die Landesparlamente und Kommunalvertretungen entmachtet werden. Die CDU lehnte das undemokratische Verfahren und die Zielsetzung dieser Propagandaaktion ab. Die SMAD reagierte prompt: Kaiser und Lemmer und mit ihnen der gesamte Hauptvorstand wurden abgesetzt. Es begann die Umgestaltung der CDU der SBZ zum willfähigen Erfüllungsgehilfen

der SED. Wer sich nicht fügen wollte, mußte Flucht oder Gefängnis in Kauf nehmen.

Die Leitmotive der Parteigründer in Berlin Einheit, Freiheit und Gerechtigkeit, waren damit nicht dementiert. Aber ihre politische Entfaltung war in Mitteleuropa für lange Zeit am Machtwillen der sowjetischen Besatzer und der deutschen Kommunisten gescheitert.

Sozialdemokraten in Schweden gescheitert

Es ist außerordentlich interessant, wie still sich die Sozialdemokraten zum Thema Schweden verhalten. Das Scheitern der sozialdemokratischen Regierung in Schweden verdeutlicht, daß auch Schweden nicht mehr als Modell für die DDR herangezogen werden kann, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:




Überzogenes Sozialstaatsdenken, staatliche Umverteilungspolitik und ein Ausufer der Staatsbürokratie haben zu einem dramatischen wirtschaftlichen Niedergang dieses einst neben Amerika mit Abstand reichsten Landes der Welt geführt. Schweden liegt im Vergleich zu den anderen Staaten in Europa mit seinen verfügbaren Einkommen auf Platz 17, bei den Lohnkostensteigerungen jedoch seit Jahren an der Spitze der Industrieländer. Der Wohlfahrtsstaat belastet die Bürger mit Steuern bis zu 85 Prozent, der öffentliche Bereich verschlingt zwei Drittel des Bruttosozialprodukts. Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland sollten dies als mahndendes Beispiel vor Augen haben, wenn sie immer neue Steuererhöhungen und -belastungen des Bürgers zur Lösung der Herausforderungen im Umweltbereich oder der anstehenden Wiedervereinigung fordern. Neben der Sozialen Marktwirtschaft gibt es eben doch keinen „Dritten Weg“.

Die Frauen-Union stellt sich vor

POLITIK FÜR FRAUEN



PROF. DR. RITA SÜSSMUTH,
BUNDESVORSITZENDE DER FRAUEN-UNION, SAGT:

-  Frauen wollen echte Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
-  Frauen wollen in allen Bereichen der Gesellschaft ihre Fähigkeiten einbringen
-  Frauen wollen mit den Männern wirkliche Partnerschaft leben

Das Faltblatt „Politik für Frauen“ ist jetzt über das IS-Versandzentrum zu beziehen. Auf vier Seiten werden die Ziele der Frauen-Union und die politischen Erfolge für eine moderne Frauenpolitik, die bereits erreicht wurden, dargestellt. Außerdem gibt es Informationen zur Mitgliedschaft in der Frauen-Union.

Faltblatt: „Politik für Frauen“

Bestell-Nr.: 2180

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 7,50 DM zuzüglich MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Arbeitsausschuß zwischen Junger Union und CDJ

Die Junge Union Deutschlands (JU) und die Christlich-Demokratische Jugend (CDJ) der DDR bereiten die Gründung eines gesamtdeutschen christlich demokratischen Jugendverbandes vor. Zu diesem Zweck vereinbarten die beiden Vorsitzenden Hermann Gröhe (JU) und Christoph Bender (CDJ) die Einsetzung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses. Christoph Bender schlug den JU-Vorsitzenden Hermann Gröhe als Sprecher des gemeinsamen Arbeitsausschusses vor.

Hermann Gröhe erklärte, daß die jungen Christdemokraten in beiden Teilen Deutschlands die einmalige Chance hätten, durch richtungsweisende Entschei-

dungen schon heute die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Jugendpolitik in einem geeinten Deutschland zu legen. Diese Zukunft mache es notwendig, daß die christlich demokratisch orientierten Kräfte der Jugend in der Bundesrepublik und der DDR in einem starken Verband zusammengeführt werden. Hermann Gröhe geht davon aus, daß bis zum diesjährigen Deutschlandtag der Jungen Union, der vom 13. bis 16. September je zwei Tage in Leipzig und Paderborn stattfindet, die satzungsrechtlichen Grundlagen für eine Vereinigung der beiden Verbände erarbeitet sein werden. Vorher strebt die CDJ in der DDR eine Einheit mit den Jugendorganisationen des Demokratischen Aufbruchs (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) an.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Neu im Angebot

Plakat: „Einigkeit und Recht und Freiheit“

DIN A1

Bestell-Nr.: 7245

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
30,— DM

DIN A0

Bestell-Nr.: 7246

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
50,— DM

Alle Preise zuzüglich Mehrwertsteuer
inklusive Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

8/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs-
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Ver-
trieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr.
Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellungs-
ort: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.